

Ulrich Schlie

**Wann beginnt die Gegenwart? Linien des Jahres 1979 in die Gegenwart**

*Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1979, Zwei Bände, herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amtes vom Institut für Zeitgeschichte, Oldenbourg Verlag, München 2010, 2128 Seiten, 138,00 Euro.*

Wann beginnt die Gegenwart? Geschichte, hat Golo Mann einst geschrieben, sei Chaos, das ins Chaos schwanke. Wer indes die Frage nach den Anfängen von gegenwärtigen Tendenzen stellt, wer die geopolitische Landkarte und ihre Veränderungen in den letzten Jahrzehnten verfolgt, der wird unschwer erkennen, dass der Wandel nie über Nacht kam, sondern sich zumeist ganz allmählich, über einen längeren Zeitraum dahinschleichend, nicht selten mehrere Jahrzehnte, vollzogen hat. Wer diese Linien von heute zurückverfolgt, wird immer wieder auf das Jahr 1979 verwiesen, ein Jahr, das

mit einem Paukenschlag begann und mit einem Paukenschlag endete.

Das Jahr 1979 liegt noch in der Zeit des Kalten Krieges, als es zwei Supermächte gab und sich beide ihrer Sonderstellung bewusst waren. Was einst amerikanische Überlegenheit auf dem Gebiet der Nuklearwaffen gewesen war, verwandelte sich allmählich von einer Gleichwertigkeit zu einem gewissen Übergewicht der Sowjetunion. Das Nach-Mao-China gehörte nicht mehr dem Sowjetblock an und versuchte sich mehr und mehr in Großmachtpolitik eigener Prägung. Ideologische Rücksichtnahmen fielen dabei nicht signifikant ins Gewicht. Das wiedervereinigte Vietnam, Äthiopien und Süd-Jemen konnten unzweifelhaft dem sowjetischen Einflussbereich zugerechnet werden. Wo sich die geopolitische Landkarte veränderte, erfolgte dies entweder aufgrund militärischer Operationen oder entlang bewaffneter Auseinandersetzungen be-

stimmter Länder. In diese Kategorie sind auch die beiden Paukenschläge des Jahres 1979 einzuordnen.

**Rückkehr Chomeinis und Einmarsch in Afghanistan**

Am 16. Januar – Deutschland hatte gerade nach Neujahr eine große Schneekatastrophe überstanden – ging die kaiserliche Ära im Iran zu Ende, und Schah Reza Pahlavi musste das Land verlassen. Er hinterließ einen Regentschaftsrat und eine Zivilregierung unter dem Politiker Schapur Bachtiar. Ajatollah Chomeini, der am 1. Februar nach fünfzehn Jahren des Exils aus Paris nach Teheran zurückkehrte, gelang es, seine Anhänger zu mobilisieren und eine Gegenregierung einzusetzen. Nach blutigen Straßenkämpfen verwandelte er die persische Monarchie in eine islamische Republik, der Zusammenhalt der Armee brach zusammen. Knapp zwölf Monate später, am ersten Weihnachtstag, marschierten sowjetische Truppen in

Afghanistan ein, und es begann jenes Drama, das den Niedergang der Sowjetmacht in den 1980er-Jahren einleitete und mit der Auflösung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken im Jahr 1991 endete.

### Forschungsfreundliche Dokumentation

Der Ost-West-Konflikt dominierte auch die Aktenlage. Die im Auftrag des Auswärtigen Amtes vom Institut für Zeitgeschichte Jahr für Jahr herausgegebenen Akten spiegeln dies wider. Die beiden Teilbände für das Jahr 1979 umfassen zusammen 2128 Seiten und 395 Dokumente. Diese wissenschaftlich vorbildliche Edition ist nicht nur deshalb zu rühmen, weil hier fast ausschließlich Schriftstücke veröffentlicht werden, die bislang der Forschung unzugänglich und größtenteils als Verschlussachen (VS) der Geheimhaltung unterworfen waren, sondern auch, weil Deutschland damit weltweit an der Spitze steht, was die historische Aufarbeitung seiner Vergangenheit und eine forschungsfreundliche Dokumentation von außenpolitischen Schlüsselentscheidungen angeht. Die im Zusammenhang mit der Veröffentlichung des Buches „Das Amt und die Vergangenheit“ erho-

benen schwerwiegenden Vorwürfe des Verschweigens der eigenen Rolle der Behörde im Dritten Reich und einer mythenpflegenden Vergangenheitspolitik werden durch diese seit 1994 (damals für das Jahr 1963) Jahr für Jahr erscheinende Edition Lügen gestraft. Es ist insbesondere auffällig und zugleich bezeichnend, dass gerade diese Akteneditionen bei der Begründung der Thesen des Buches „Das Amt und die Vergangenheit“ keine nennenswerte Erwähnung finden.

### Treffen auf Guadeloupe

Die Akten des Jahres 1979 beginnen als zweites Dokument mit einer Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruhfus, damals außenpolitischer Abteilungsleiter im Bundeskanzleramt, über das Gespräch von Bundeskanzler Schmidt mit Premierminister Callaghan, Präsident Giscard d'Estaing auf Guadeloupe vom 5. Januar. Zu den Themen zählten unter anderem das Kräftespiel zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, SALT I, MBFR, das eurostrategische Gleichgewicht, die Lage der Türkei, die Konferenz der Blockfreien in Havanna sowie Aspekte der Bündnispolitik. Die Frage Helmut Schmidts nach den Möglichkeiten

eines Präventivkrieges der Sowjetunion gegen die Volksrepublik China und seine weitere Frage danach, was letztlich als das geringere Übel für den Westen anzusehen sei – ein Krieg zwischen Moskau und Peking oder eine Versöhnung zwischen diesen beiden Ländern –, veranlasste Giscard zu der entwaffnenden Einschätzung: „Eine Versöhnung zwischen Moskau und Peking würde zu einer überwältigenden Machtkonzentration führen. Daher sei letztlich der Krieg vorzuziehen.“ Nicht ohne hinzuzufügen, dass er keine Aussichten auf eine Versöhnung sehe. Als vorletztes Dokument wird eine Aufzeichnung des Botschafters Berninger aus Kabul vom 31. Dezember 1979 zitiert. Sie endete mit der Einschätzung, dass die Sowjetunion sich nicht damit begnügen werde, weite Teile Afghanistans in den Besitz zu nehmen, sondern dass zu erwarten sei, dass sie nach einer Reihe von Jahren insbesondere gegenüber Pakistan agitieren werde, das über die Volksgruppe der Paschtunen mit Afghanistan eng verbunden sei. Berninger vertrat die Auffassung, dass bei der labilen sozialen Lage Pakistans starke subversive Einflüsse von Afghanistan ausgehen könnten und „daß mit sowjetischer

Hilfe auch in Pakistan in absehbarer Zeit das Regime gestürzt werden könnte“.

Beide Ereignisse, Iran und Afghanistan, zeigten den Supermächten in einer bis dahin nicht gekannten Deutlichkeit die Grenzen der Macht auf. Mit dem Sturz der Pahlavi-Dynastie und der Einsetzung einer islamischen Republik in Teheran, mit der Machtübernahme durch den schiitischen Klerus war beiden Supermächten die Kontrolle über den Gang der Ereignisse entzogen.

### „Primitive Person“

Der Fall des kaiserlichen Iran führte in den frühen 1980er-Jahren zu fortgesetzten Demütigungen der Vereinigten Staaten. Falsche Prognosen, sich gegenseitig blockierende Ratgeber: Die Probleme amerikanischer Nahost- oder Afghanistanpolitik späterer Jahre lassen sich in historischer Perspektive an der amerikanischen Iranpolitik von den späten 1970er- bis zu den frühen 1980er-Jahren paradigmatisch studieren. Aufschlussreich ist mit Blick auf die Ereignisse im Iran auch ein Gespräch von Bundeskanzler Schmidt vom 19. Januar mit dem damaligen (und heutigen) saudischen Außenminister Prinz Saud-al Faisal, der beteuerte, Chomeini

nicht zu kennen, in ihm aber eine „primitive Person“ erblickte und mitteilte, in Riad weniger ein Überschlagen der iranischen Wirren auf Saudi-Arabien zu befürchten als eine Beeinflussung Kuweits. Niemand indes wagte Voraussagen, was die Zukunft des klerikalen Regimes in Teheran angehe. Das indische wie das nahöstliche Subsystem wurden von der Rivalität ihrer eigenen Akteure unterminiert. Der Aufstieg Pakistans, zu jener Zeit mehr von ethnischen und sozialen Störungen gezeichnet als von der militärischen Überlegenheit Indiens belastet, war damals aus der Perspektive der amerikanischen Diplomatie eine gerade einsetzende Entwicklung. Die Neigung der Vereinigten Staaten, phasenweise aus einem *Cordon-sanitaire*-Denken heraus Pakistan statt Indien zu unterstützen, geht auch auf die Konstellation des Jahres 1979 zurück.

### Unterzeichnung von SALT II

Der SALT-Prozess zwischen Washington und Moskau zur Begrenzung der strategischen Angriffswaffensysteme mit der Unterzeichnung des SALT-II-Abkommens im Juni 1979 und die sich seit 1973 hinziehenden Wiener

Verhandlungen über ausgewogenen Truppenabbau in Europa zwischen den Staaten der NATO und den Staaten des Warschauer Paktes (MBFR) bilden weitere Hauptthemenstränge der Edition. Denn die Phase der *détente*, die mit dem Verbot antibalistischer Raketensysteme (ABM-Vertrag 1972) und dem SALT-I-Vertrag (1973) ihren Höhepunkt erreichte, war mehr und mehr einer Konfrontation der Supermächte gewichen. Die Bedrohung Westeuropas durch neue sowjetische Mittelstreckenraketen barg die Gefahr einer Abkopplung Zentraleuropas von der amerikanischen Sicherheitsgarantie in sich.

### NATO-Doppelbeschluss

Der NATO-Doppelbeschluss vom Dezember 1979 über die nukleare Nachrüstung der Allianz durch Stationierung von amerikanischen Mittelflugkörpern sowie das damit verbundene Verhandlungsangebot an Moskau, eine paritätische Begrenzung der beiderseitigen Systemzahlen der Supermächte weltweit mit einer möglichst niedrigen Obergrenze zu erreichen, können deshalb zu Recht als weitsichtige strategische Grundentscheidung bezeichnet werden, die das Atlantische Bündnis

auf die Herausforderungen der 1980er-Jahre vorbereitete und es in die Lage versetzte, auf die Kraft seiner eigenen Stärken zu vertrauen. Die Regierung Schmidt drängte auf den Doppelbeschluss mit der Maßgabe, eine Singularisierung Deutschlands im Bündnis zu vermeiden. Harald Biermann hat in seinen Aufsatz „NATO-Doppelbeschluss 1979“ zu Recht dieses Ereignis unter die „Weichenstellungen in der Geschichte der Bundesrepublik“ eingereiht. Helmut Schmidt hatte bereits im Herbst 1977 in seiner Rede im Londoner International Institute for Strategic Studies auf das Ungleichgewicht bei den Mittelstreckenraketen hingewiesen. In seiner Partei, der SPD, hatte er für den leidenschaftlich umstrittenen Stationierungsbeschluss den höchstmöglichen Preis gezahlt: denjenigen des Machtverlustes im Oktober 1982.

### „Change“ in Großbritannien

„Rüstungskontrolle“ und „vertrauensbildende Maßnahmen“ waren die Zauberworte der 1970er-Jahre. Doch am Ende des

Jahrzehnts gingen die Menschen voller Angst und Ungewissheit in die neue Zeit. Niedergang, der Zerfall des äußeren Imperiums mit dem Mündigwerden der Kolonien und die wirtschaftliche Schwäche des Landes, die sich in wiederkehrenden Streiks, Vertrauensverlust in die eigene Währung und politische Klasse niederschlug, kann am Beispiel Großbritanniens der 1970er-Jahre studiert werden. Im Mai 1979 brachte dieser Niedergang Margaret Thatcher als Hoffnungsträgerin mit der Parole „change“ an die Macht. Die Parteiführerin der Konservativen war damals allenfalls aus ihrer früheren Regierungsverantwortung bekannt als „milk snatcher“ für die Entscheidung, die tägliche kostenfreie Schulmilch abzuschaffen. Die „Eiserne Lady“ sollte dann für mehr als ein Jahrzehnt das Land stärker verwandeln, als es einem Regierungschef vor und nach ihr im zwanzigsten Jahrhundert gelang.

Auffällig war allerdings – auf der Bühne der großen Politik zumal – die Abwesenheit Europas. Eigentlich hätte es die

Stunde der Europäer sein können: Großbritannien war 1973 Mitglied geworden, in Spanien und Portugal, den Neumitgliedern des Jahres 1986, war gerade der Übergang von autoritären zu demokratischen Regimen vollzogen worden.

### Erste Direktwahlen zum Europäischen Parlament

1979 fanden die ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament statt. Doch die Europäer schienen sich an eine Art Selbstverwaltung gewöhnt zu haben, und ihre Präsenz in den großen Entscheidungsfragen beschränkte sich vor allem auf den Part eines Zaungastes. Von einer Rolle als Weltmacht wagten die Europäer damals nicht einmal zu träumen. Lag es auch daran, dass das europäische Subsystem durch die permanente Konfrontation der Blöcke auf seine Weise einzigartig und eingefroren zugleich war? Raymond Arons treffende Prognose aus seinem 1947 erschienenen Werk *Le Grand Schisme* gilt deshalb unverändert fort: Krieg unwahrscheinlich, Frieden unmöglich.

**Dieser Ausgabe liegt das Inhaltsverzeichnis 2010 bei.**